

Wissenschaftlicher Beipackzettel

Eckpunkte einer sozialen Umwelt- und Klimapolitik

Warum braucht es eine soziale Ausgestaltung von Umwelt- und Klimapolitik?

Umwelt- und Klimapolitik (im Folgenden vereinfacht nur noch „Umweltpolitik“) sind unmittelbar mit sozialen Fragen verknüpft. Zum Beispiel treffen Umweltbelastungen wie Lärm oder Luftverschmutzung oder die Auswirkungen der Klimakrise sozial benachteiligte Menschen oft besonders stark. Umweltpolitische Maßnahmen können aber auch selbst problematische soziale Folgen haben – zum Beispiel indem ärmere Menschen finanziell überproportional belastet werden. Eine ambitionierte Umweltpolitik muss im Ganzen möglichst gerecht ausgestaltet sein und anstreben, dass alle Menschen grundlegende Bedürfnisse wie Ernährung und Wohnen auf umweltfreundliche Weise erfüllen können.

Soziale Umweltpolitik ist aus zwei Gründen wichtig: Erstens ist sie vor dem Hintergrund sozialpolitischer Ziele und Rechte normativ geboten. Zweitens stärkt eine soziale Ausgestaltung die gesellschaftliche Unterstützung von Umweltpolitik und die Bereitschaft, entsprechende Maßnahmen umzusetzen. Sie trägt damit auch zur Erreichung umweltpolitischer Ziele bei.

Welche sozialen Aspekte hat der Umwelt-, Klima- und Ressourcenschutz?

Umweltschutz bzw. Umweltbelastungen berühren viele soziale Belange und Verteilungsfragen, wie etwa die ungleiche Verteilung von Ressourcen, Chancen und Lasten in einer Gesellschaft. In der Studie „Eckpunkte sozialer Umwelt- und Klimapolitik“ unterscheiden die Wissenschaftler*innen folgende soziale Aspekte von Umweltschutz:

- **Verursachung von Umweltbelastungen:** Welche sozialen Gruppen oder auch Regionen tragen wie stark zu Ressourcenverbrauch, Emissionen und anderen Umweltbelastungen bei?
 - Ein Beispiel: Einkommensstarke Haushalte haben durchschnittlich höhere Energieverbräuche und CO₂-Emissionen als Haushalte mit wenig Einkommen.
- **Verteilung von Umweltbelastungen und -nutzen („Umweltgerechtigkeit“):** Wie wirken Umweltbelastungen auf verschiedene soziale Gruppen bzw. wie ist der Zugang zu intakter Umwelt und Ökosystemleistungen wie saubere Luft, sauberes Wasser, fruchtbare Böden, Natur zwischen den sozialen Gruppen und Regionen verteilt?
 - Ein Beispiel: Haushalte mit geringem Einkommen und/oder Migrationshintergrund leben häufiger an vielbefahrenen Straßen mit hoher Lärm- und Luftverschmutzung und haben seltener eine attraktive Grünfläche in der Nähe.
- **Verteilung der Nutzen und Kosten von Umweltpolitik:** Welche Auswirkungen hat Umweltpolitik auf verschiedene soziale Gruppen? Welche Kosten bzw. Nutzen haben diese von Umweltpolitik?
 - Ein Beispiel: Haushalte mit geringem Einkommen sind überproportional von Preissteigerungen für Energie und Lebensmitteln betroffen, weil sie einen höheren Anteil ihres Einkommens für diese Grundgüter ausgeben müssen.
- **Voraussetzungen für umweltfreundliches Handeln:** Welche Faktoren begünstigen oder hemmen umweltfreundliches Handeln und wo liegen dabei Unterschiede zwischen sozialen Gruppen?

- Ein Beispiel: Einkommensstarke Haushalte haben in der Regel einen größeren Handlungs- und Entscheidungsspielraum, umweltfreundliche Maßnahmen umzusetzen (z.B. für Gebäudesanierung oder Heizungstausch) und können die notwendigen Eigenanteile für nötigen Investitionen aufbringen.
- **Beteiligungsmöglichkeiten und Rechtsschutz:** Wie können sich verschiedene soziale Gruppen an Planungs- und Entscheidungsprozessen beteiligen und Einfluss nehmen? Welchen Zugang zu Rechtsschutz haben sie?
 - Ein Beispiel: An (umwelt-) politischen Beteiligungsprozessen beteiligen sich gut gebildete, ältere und männliche Personen häufiger als andere.
- **Gesellschaftliche Anerkennung:** Sind verschiedene soziale Gruppen gesellschaftlich gleichermaßen respektiert, wenn es um Umweltschutz geht, und werden ihre Identität, Kultur, Weltanschauung, Bedürfnisse oder Interessen gleichberechtigt wertgeschätzt?
 - Ein Beispiel: Wie steht es um die Anerkennung und Wertschätzung von verschiedenen Berufsgruppen oder von Menschen mit Migrationshintergrund bei umweltpolitischen Debatten?

Welchen Prinzipien sollte eine soziale Umweltpolitik folgen?

Das übergreifende Ziel sozialer Umweltpolitik ist, die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen so auszugestalten, dass alle Menschen ihre grundlegenden Bedürfnisse wie Ernährung und Wohnen auf umweltfreundliche Weise und innerhalb planetarer Grenzen befriedigen können. Dafür folgt soziale Umweltpolitik den folgenden Prinzipien:

- Soziale Umweltpolitik gestaltet den Umweltschutz so aus, dass er einen möglichst großen sozialen Nutzen entfaltet. Sie tut dies, indem sie den Nutzen von Umweltschutz, zum Beispiel saubere Luft, den Zugang zu öffentlichen Infrastrukturen und Dienstleistungen wie dem öffentlichen Nahverkehr sowie neue Beschäftigungs- und Einkommenschancen oder finanzielle Einsparmöglichkeiten allen Bevölkerungsgruppen zugänglich macht.
- Im Rahmen einer sozialen Ausgestaltung sollen mögliche Kosten und Belastungen von Umweltpolitik zudem möglichst gerecht verteilt werden und benachteiligte oder vulnerable Gruppen in der Gesellschaft besonders berücksichtigt werden. Dazu gehören etwa Alleinerziehende oder Menschen in prekären Lebenslagen.
- Nicht zuletzt sollen Menschen befähigt werden, am Umweltschutz aktiv mitzuwirken und auch an politischen Entscheidungsprozessen teilzuhaben.

Um diese Prinzipien zu verwirklichen, muss soziale Umweltpolitik unterschiedliche Lebensrealitäten und Handlungsvoraussetzungen von Menschen anerkennen und berücksichtigen.

Wie sehen konkrete Handlungsansätze für eine soziale Umweltpolitik aus?

Um die oben formulierten Ziele und Prinzipien umzusetzen, zeigt die Studie verschiedene Ansätze für die politische Ausgestaltung von Umweltpolitik auf.

Ausgewählte Beispiele zur Stärkung und gerechten Verteilung des **sozialen Nutzens** von Umweltpolitik:

- Umweltmaßnahmen, die gleichzeitig einen hohen sozialen Nutzen haben, sollten ausgeweitet werden. Dazu gehört etwa der **Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs** oder die Erleichterung der Produktion von **Solarstrom auch für Mieter*innen**.
- Bei Maßnahmen, die Umweltschäden oder -belastungen verringern sollen, sollte deren sozial und/oder räumlich ungleiche Verteilung berücksichtigt und ein Schwerpunkt auf „Hotspots“ gelegt werden. So sollten **insbesondere an stark lärmbelasteten und luftverschmutzten Straßen**

Tempo 30-Zonen eingerichtet oder andere Maßnahmen ergriffen werden, um Belastungen zu senken.

- **Energiesparmaßnahmen durch soziale Träger** sollten besonders gefördert werden, um Personen mit wenig Einkommen oder anderweitig vulnerablen Gruppen die Vorteile von Energie- und entsprechenden Kosteneinsparungen zugutekommen zu lassen. Das betrifft die Gebäudesanierung ebenso wie den Austausch ineffizienter Hausgeräte.

Ausgewählte Beispiele zur gerechten Verteilung umweltpolitischer **Kosten und Belastungen**:

- Belastungen durch klimapolitische Instrumente können durch Entlastungsmaßnahmen gemildert werden, die breite Teile der Bevölkerung erreichen. So wurden beispielsweise die Einnahmen aus der nationalen CO₂-Bepreisung auf fossile Heiz- und Kraftstoffe zur **Abschaffung der EEG-Umlage auf die Stromkosten** verwendet, wodurch Strom günstiger wurde.
- Sogenannte vulnerable Gruppen – also Menschen, die aufgrund sozialer, wirtschaftlicher oder gesundheitlicher Faktoren besonders anfällig für Benachteiligung sind – sollten durch spezifische Förderung und Entlastung gezielt unterstützt werden. Ihnen könnten etwa **Kosten für einen klimafreundlichen Heizungstausch oder die Sanierung ihres Wohngebäudes zu einem größeren Anteil erstattet** werden als bisher.
- Sehr ressourcenintensive Konsumformen und Produkte können gezielter in den Fokus genommen werden, während gleichzeitig die Handlungsspielräume für vulnerable Haushalte erweitert werden. Dazu gehört etwa eine **stärkere Besteuerung von Pkw mit einem hohen CO₂-Ausstoß einerseits und eine gezielte Förderung klimafreundlicher Mobilität für untere Einkommensgruppen andererseits**, zum Beispiel durch ein vergünstigtes Deutschlandticket oder vergünstigte Leasing-Angebote für Elektroautos.

Ausgewählte Beispiele zu **weiteren Handlungsansätzen**:

- Das Problembewusstsein und Wissen der Menschen für aktiven Umweltschutz weiter stärken – etwa durch zielgerichtete **Energiesparberatungen** für Haushalte mit wenig Einkommen.
- Die **politische Beteiligung** solcher Gruppen stärken, die tendenziell unterrepräsentiert sind in Beteiligungsprozessen. Dafür können „stille Gruppen“ gezielt ermittelt und angesprochen werden.

Weitere Beispiele und übergreifende Handlungsansätze für die soziale Ausgestaltung von Umweltpolitik werden ausführlich in Kapitel 3.3 der Studie „Eckpunkte einer sozialen Umwelt- und Klimapolitik“ vorgestellt.

Welche sozialen Wirkungskategorien wurden in der Studie betrachtet?

Umweltpolitik kann sehr unterschiedliche Arten von sozialen Wirkungen haben. Die Studie betrachtet folgende Kategorien, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf der zuerst genannten Kategorie liegt:

- Verfügbares Einkommen und Vermögen
- Erwerbsarbeit
- Sorgearbeit
- Zugang zu wichtigen Gütern, Leistungen und öffentlichen Infrastrukturen
- Gesundheit und Sicherheit
- Beteiligungsmöglichkeiten in politischen Entscheidungsprozessen
- Wahrung der Grund- und Menschenrechte

Soziale Wirkungen können innerhalb dieser Kategorien ungleich verteilt sein: etwa zwischen verschiedenen sozialen Gruppen etwa nach Alter, Geschlecht, Einkommensniveau etc., räumlich zwischen verschiedenen Regionen oder Orten und zeitlich innerhalb von oder über Generationen hinweg.

Informationen zu Projekt, Auftraggeber und Forschungspartner*innen

Die Studie wurde im Rahmen des Forschungsvorhabens „Soziale Aspekte von Umweltpolitik – Teilvorhaben 1: Analyse und umweltpolitische Implikationen“ (FKZ 3719161060) im Auftrag des Umweltbundesamtes erstellt. Das Projekt wurde vom Öko-Institut in Zusammenarbeit mit dem Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft e.V. (FÖS), dem Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE) sowie der ZebraLog GmbH bearbeitet. Ein Beirat mit verschiedenen Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Gewerkschaften, Sozialverbänden und weiteren Akteuren der Zivilgesellschaft begleitete den Forschungsprozess.

Weitere Detailstudien etwa zur sozialen Ausgestaltung einer klimafreundlichen Ernährung oder zu sozialer Umweltpolitik beim Wohnen sind bereits veröffentlicht bzw. werden in der Folge publiziert.

Weitere Informationen des Öko-Instituts zum sozialen Umwelt- und Klimaschutz:

[Studie „Eckpunkte einer sozialen Umwelt- und Klimapolitik“ des Öko-Instituts](#)

[Übersicht über alle Veröffentlichungen aus dem UBA-Projekt „Soziale Aspekte von Umweltpolitik“](#)

[Policy Brief „Klimageld? Nur sozial gestaffelt und zeitlich begrenzt“ des Öko-Instituts](#)

[Informationen zur Studie „Wärmewende: Die Marktlösung macht Heizen zum Luxus“ des Öko-Instituts und des Paritätischen Gesamtverbands](#)

Umfangreiche Daten, Grafiken, Studien und Projektergebnisse zum sozialen, klimafreundlichen und flächeneffizienten Wohnen bietet die Website wohnen.oeko.info des Öko-Instituts.

Kontakt zum Öko-Institut

Dirk Arne Heyen

Senior Researcher im Institutsbereich
Umweltrecht & Governance

Öko-Institut e.V., Büro Berlin
Telefon: +49 30 405085-356
E-Mail: d.heyen@oeko.de

Mandy Schoßig

Leiterin Öffentlichkeit & Kommunikation
Pressestelle

Öko-Institut e.V., Büro Berlin
Tel.: +49 30 405085-334
E-Mail: m.schoessig@oeko.de

Dr. Katja Schumacher

Stellv. Leiterin des Institutsbereichs
Energie & Klimaschutz

Öko-Institut e.V., Büro Berlin
Telefon: +49 30 405085-321
E-Mail: k.schumacher@oeko.de

Das Öko-Institut ist eines der europaweit führenden, unabhängigen Forschungs- und Beratungsinstitute für eine nachhaltige Zukunft. Seit der Gründung im Jahr 1977 erarbeitet das Institut Grundlagen und Strategien, wie die Vision einer nachhaltigen Entwicklung global, national

und lokal umgesetzt werden kann. Das Institut ist an den Standorten Freiburg, Darmstadt und Berlin vertreten.